

# WIR SAGEN **NEIN** ZU ZENSURMASSNAHMEN

Der Jugendschutz im Internet soll nach dem Willen der Rundfunkkommission in Kürze erweitert werden. Zu diesem Zweck liegt ein Entwurf für einen neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) vor, der bereits am 25. März verabschiedet werden soll.

## Der Geplante Inhalt des neuen Vertrages

- Internetprovider sollen zukünftig für Inhalte mitverantwortlich gemacht werden und sind verpflichtet, jugendgefährdende Inhalte zu sperren
- Homepage-Inhaber sollen ihre Internetseiten mit einer Altersfreigabe versehen
- Nicht gekennzeichnete Seiten sind automatisch "Ab 18"
- Es sollen feste Sendezeiten im Internet eingeführt werden, z.B. "Ab 22:00 Uhr" für Inhalte ab 16 Jahren

Die geplante Neufassung des Staatsvertrages stellt einen weiteren Versuch dar, den Grundstein für eine Zensurinfrastruktur zu legen. Er beweist das absolut mangelhafte Verständnis der verantwortlichen Politiker gegenüber dem Medium Internet. Die Piratenpartei und ihre Jugendorganisation Junge Piraten lehnen diese, ohne öffentliche Diskussion zustande gekommene Änderung, entschieden ab.

## Die Piraten fordern stattdessen

- Mehr Medienkompetenz für Eltern und Lehrer
- Eine offene Diskussion über Jugendschutz in neuen Medien
- Kein Aufbau einer Zensurinfrastruktur

## Wo kann ich mehr erfahren?

Im Internet unter [wiki.piratenpartei.de/jmstv](http://wiki.piratenpartei.de/jmstv) oder per Email bei unserer Pressestelle unter [presse@piraten-bzv-stuttgart.de](mailto:presse@piraten-bzv-stuttgart.de).

